

# blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 23, 13. November 2003

# rechts

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falkenwerderstraße 46, 10797 Berlin  
Tel./Fax: 030 7511 62 49  
02-100 300 0711 Fax-Nr. 030 7511 62 49

## Einblicke

### Brave Bürger

Von Helmut Lölhöfel

**D**er brave deutsche Volksvertreter Martin Hohmann hielt vor ein paar Dutzend braven deutschen Bürgern im ostthessischen Neuhofer eine Ansprache zum Tag der deutschen Einheit. In seiner Rede schwafelte der Herr Hohmann von der CDU – scheinheilig in Konjunktiv verpackt – von den Juden, die man „mit einiger Berechtigung als Tätervolk bezeichnen könnte“. Die feiertäglich gekleideten Neuhofer Bürger hörten brav zu und applaudierten am Ende brav.

Erst drei Wochen später wurde der Inhalt dieser antisemitischen Passage durch Zufall öffentlich bekannt. Ist es denn möglich: Von den vielleicht 150 Zuhörern hat niemand gemerkt, welches üble Klischee der Redner da benutzte? Nicht ein einziger rief „Pfui“, niemand protestierte, keiner verließ den Saal. Brave deutsche Bürger eben. Sie würden sich selbst bestimmt als anständig einordnen. Doch niemand nahm Anstoß an Hohmanns unanständigen Gedankengängen.

Und dann schrieb der brave deutsche Soldat Reinhard Günzel dem Abgeordneten Hohmann: er habe „der Mehrheit aller Deutschen eindeutig aus der Seele gesprochen“. Verteidigungsminister Peter Struck schmiss den „verwirrten“ General ruckzuck raus und merkte an, die Bundeswehr sei nicht rechtsextrem. Natürlich stimmt das. Doch ist nicht jede Männergesellschaft, jede Waffengemeinschaft anfällig für markige Sprüche und Minderheiten verachtende Ideen? Die anhaltend hohe Zahl rechtsextremer Vorfälle in der Bundeswehr spricht dafür.

Aber die Verwirrung ist mitten unter uns. Verwirrt, wie Struck es meinte, sind alle, die Hohmann nicht widersprechen, ihm zustimmen und ihn in Schutz nehmen. Diejenigen in der CDU/CSU, die jetzt nicht mehr länger über Hohmanns Ausfall diskutieren mögen, sind keine Rechtsextremen, sondern konservative Dummköpfe. Wer diese Auseinandersetzung jetzt scheut, lässt zu, dass sich ein gefährliches Weltbild ausbreitet.

### Grenzen gesprengt

Der ins Gerede gekommene CDU-Politiker Martin Hohmann hat seit Jahren Kontakte zu extrem rechten Kreisen.

Seite 2 ■

### Militante Kampftruppe

Neonazis entwickeln auch in Norddeutschland terroristische Strukturen.

Seite 4 ■

### Autonome Zellen

Das in braunen Kreisen kursierende Konzept des so genannten führerlosen Widerstands schließt gewalttätige Aktionen ein.

Seite 5 ■

### Auferstehung

Die Schill-Partei will ihren Parteigründer schnell wieder salonfähig machen.

Seite 9 ■

### Vor und nach 1945

Ein Nachschlagewerk informiert über Personen im Dritten Reich – und deren spätere Karrieren.

Seite 11 ■

### Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

**Seitenblick****Grenze überschritten**

**Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, dessen Rede mit antisemitischen Tönen nicht ohne Folgen blieb, bewegt sich in einem extrem rechten Dunstkreis.**

Im Büro des Verteidigungsministers Peter Struck ging eine Schwemme bössartiger E-Mails ein. Kurz nachdem bekannt geworden war, dass Struck den „verwirrten“ Bundeswehr-General Reinhard Günzel wegen dessen schriftlichen Lobs für Hohmann („Wahrheit und Klarheit“) entlassen hatte, setzten sich verbissene Rechte an die Homecomputer und ließen ihre Wut an dem SPD-Politiker ab. Wüste Beschimpfungen und üble rechtsextreme Sprüche wurden auf Struck abgeladen. Auch bei der CDU, die ihr Mitglied Hohmann zunächst maßvoll gemaßregelt hatte, landeten zahlreiche Proteste aus dem ultrarechten Lager.

Die Rechtsextremen haben ein neues Idol. „Sie haben es gewagt. ‘Die Juden sind Täter.’ Das festzustellen ist das Ungeheuerlichste, was ein Nichtjude aussprechen kann. ... Sie haben diesen Stamm, der die Welt beherrscht, durchschaut“, so schrieb Horst Mahler dem CDU-Parlamentarier Hohmann. Die Rede sei „ein Meilenstein“ auf dem Weg zum „allgemeinen Volksaufstand zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“. Als Hohmann-Sympathisant gab sich auch Herbert Gassen, Vorsitzender des Arbeitskreises Konservativer Christen (AKC), zu erkennen. Er protestierte in einem offenen Brief an die CDU-Vorsitzende Angela Merkel „gegen die Maßnahmen, die Sie ... gegen unseren hochverdienten Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann ... ergreifen.“

Hohmann hatte in einer Rede am 3. Oktober in seinem osthessischen Heimatort Neuhof bei Fulda die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sprach von „einem Griff in die unterste Schublade des widerlichen Antisemitismus“ und stellte ebenso wie der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen gegen Hohmann Strafanzeige wegen Volksverhetzung. Der israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, verlangte von der CDU, wenn der Abgeordnete Hohmann nicht selbst die Konsequenzen ziehe, müsse man ihn „zwingen“.

Die CDU tat sich aber schwer, ihn aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auszuschließen, trotz schriftlicher Hinweise der Jewish Claim Conference auf Hohmanns fragwürdige Sprüche. Sie zog Hohmann aus dem Innenausschuss zurück, wo er als Berichterstatter ausgerechnet für die Zwangsarbeiterentschädigung zuständig war. Das Parteipräsidium erteilte ihm zunächst eine Rüge und warnte ihn, solche Äußerungen zu wiederholen. Auf massiven Druck des hessischen CDU-Vorsitzenden Roland Koch hatte sich Hohmann zu einer Art Entschuldigung durchgerungen, die allerdings nicht glaubwürdig klang. Am Ende war der Druck doch so stark, dass ein Antrag auf Ausschluss Hohmanns aus der Fraktion gestellt wurde.

Der Bundestagshinterbänkler Hohmann ist für rechtslastige Sprüche und Umtriebe bekannt. Im Jahr 1998 griff er für das Buch „Kurswechsel. Stimme der Mehrheit“ zur Feder. Darin beklagte er, dass „die so genannte Endlösung der Judenfrage heute immer mehr zu einem Instrument in der innenpolitischen Auseinandersetzung“ werde. „Jeder, der wertkonservative politische Meinungen äußert und eine offensive Vertretung deutscher Interessen annimmt, gerät in Gefahr, als politisch rechts, als Nazi“ eingestuft zu werden, beklagt sich Martin Hohmann. Weiter: „Verfolgt man aber die stets in Gang gehaltene und immer wieder neu in Gang gesetzte Diskussion über die deutsche Schuld, so gewinnt man den Eindruck, dass die Kategorie der Schuld im Verhalten Deutschlands in diesem Jahrhundert ihren Höhepunkt, ihren Schlusspunkt, sozusagen ihre Erfüllung gefunden habe. Damit hat Deutschland zugleich auch die Rolle des größten Schuldigen aller Zeiten übernommen ... Befreien wir uns davon! Wir gehen sonst zugrunde!“

■ **„Judenfrage wird Instrument innenpolitischer Auseinandersetzung“** ■

Herausgeber des Sammelbandes ist Joachim Schäfer, Hauptgeschäftsführer des NRW-Landesverbandes des Bundes der Selbständigen (BDS). Schäfer gründete im November 1996 unter dem „organisatorischen Dach“ des BDS-Landesverbandes NRW die Vereinigung „Stimme der Mehrheit“ als „Forum für wertkonservative Publizisten, Journalisten und Wissenschaftler“. Zu den Gründungsmitgliedern neben Hohmann, seit 2001 Vizepräsident des BDS-Landesverbandes, zählen bekannte Leute vom rechten Rand wie Klaus Hornung, Heiner Kappel, Hans-Helmuth Knütter, Franz Seidler, Alexander von Stahl

und Karlheinz Weißmann. Der geschasste Brigadegeneral Günzel gehört vielleicht nicht zu diesem Kreis, ist aber zweifellos ein Gesinnungsgenosse, wie seine Wortwahl verrät: „... können Sie sicher sein, das Sie mit diesen Gedanken der Mehrheit unseres Volkes eindeutig aus der Seele sprechen“, ließ er Hohmann wissen.

2001 stand Hohmann als Interviewpartner für Schäfers Buch „Durchgedreht. Fällt Deutschland unter die Räuber?“ zur Verfügung. Dort lamentierte er über eine angebliche „Faschismuskeule“, die „zu den beliebten Tatwaffen der Gutmenschen“ gehöre: „Die Deutschen wurden nach dem Krieg nicht nur einer Charakterwäsche unterzogen – soll heißen: umerzogen –, sondern es wurde ihnen auch jedes gesunde Nationalbewusstsein geraubt. Die Geschichte des deutschen Volkes wurde bewusst und mit Absicht auf die Zeit des Nationalsozialismus reduziert und die ‚ewige Schuld‘ postuliert.“

Gemeinsam mit Gunnar Digutsch, seinem Mitarbeiter im Bundestag, veröffentlichte Hohmann im Jahr 2000 den Artikel „Was kann und was darf der Verfassungsschutz bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität leisten?“. Enthalten ist der Text in dem von Knütter und Stefan Winckler herausgegebenen Sammelband „Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind“.

### ■ Die „Faschismuskeule“ als „Tatwaffe der Gutmenschen“ ■

Gern gesehen ist Hohmann, Erstunterzeichner des „JF-Appells für die Pressefreiheit“, als Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“. Zuletzt war er Gast beim 3. JF-Sommerfest in Berlin. Im September 2001 referierte Hohmann bei der 2. Sommerakademie des JF-nahen Instituts für Staatspolitik zum Thema „Strategie im Parlamentarismus“. Als Interviewpartner stand Hohmann im Sommer 2002 auch der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) zur Verfügung. Er attackierte das Bundesverfassungsgericht, das durch „Urteile wie das ‘Soldaten-sind-Mörder’-Urteil oder durch das Urteil zu den Kruzifixen“ seinen „Ruf bei den allermeisten Deutschen total verspielt“ habe. „Viele fragen sich mit mir, ob dieses Gericht weiterhin mit Recht seine Urteile ‘im Namen des Volkes’ sprechen kann, wenn die Mehrheit des Volkes nicht hinter ihm steht.“ Auch zur Vergangenheitsbewältigung äußerte sich Hohmann in der DMZ: „Wir sollten jetzt optimistisch nach vorn blicken und uns von den

Schuldkomplexen freimachen, die uns manche aufoktroyieren wollen. ‘Schuldverwaltung’ als Herrschaftsinstrument lehne ich ab.“ Anzeigen haben in dieser DMZ-Ausgabe auch der rechtsextreme Buchdienst Nation Europa sowie die Verlagsgemeinschaft Grabert-Hohenrain geschaltet.

Im Oktober 2000, so fand der Berliner „Tagesspiegel“ heraus, trat Hohmann bei der Marburger Burschenschaft „Rheinfranken“ als Referent auf. Die „Rheinfranken“ hatten im Jahr zuvor Horst Mahler zu Gast und vor zwei Jahren Franz Schönhuber zu sich eingeladen. Im Februar 2003 hielt auch die CDU-Abgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, bei dieser sich nicht nach rechts abgrenzenden Burschenschaft ein Referat.

Der CSU-Parlamentarier Hans-Peter Uhl, selbst Autor in der „Jungen Freiheit“, wollte Hohmann eine zweite Chance einräumen. Dass Unions-Abgeordnete wie Hans Raidel und Norbert Geis sich kritisch über Struck äußerten, weil der Minister den General Günzel bestrafte, oder Hohmann tadelten, weil er den Günzel-Brief veröffentlicht hatte, fiel nicht nur Israels Botschafter Stein auf: „Das ist Anlass zum Nachdenken“, sagte er.

In neue Turbulenzen stürzte die CDU, als bekannt wurde, dass der sächsische Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche ein Interview auf seine Homepage gestellt hat, in dem es heißt, es sei „vergebliche Liebesmüh, um die Wählerstimmen von eingebürgerten Türken zu buhlen“. Eher würde einem Muslim „die Hand abfallen“ als dass er CDU wähle. Eine weitere abfällige Äußerung soll Nitzsche vor der Dresdner Burschenschaft „Cheruskia“ getan haben: Ihn störe es, dass Bundestagsdienstwagen von immer mehr Türken gesteuert würden. Die Fraktionsführung wollte mit ihm ein „ernstes Gespräch“ führen. Nitzsches Kollege, der Parlamentarier Axel Fischer aus Karlsruhe, bezeichnete im Verbandsblatt des Bundes der Selbständigen die Bevölkerungsentwicklung in den Großstädten als ein „Horror-szenario“, in dem die Einwanderer die „neue Mehrheitsgesellschaft“ stellten, wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtete.

Es ist bemerkenswert, dass diese Vorgänge in den Medien umfangreich und dauerhaft diskutiert werden. Entgleisungen nach rechts sind in der Politik nichts Neues. In Erinnerung ist noch die verunglückte Rede des früheren Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger (CDU) zum 50. Jahrestag der Pogromnacht. Helmut Löhlhoffel/Anton Maegerle

**Aktivitäten****„Bewaffneter Arm“**

**Aus den Strukturen der neonazistischen Kameradschaft Pinneberg hat sich eine militante Kampftruppe entwickelt.**

Die Kameradschaft sammelte Waffen für den „nationalen Kampf“, führte Dossiers über „Feinde der nationalen Bewegung“ und hatte Anleitungen zum „Herstellen von Sprengsätzen“ liegen. Nicht nur im Süden rüsteten sich Aktivisten aus dem Netzwerk der „Freien Nationalisten“, auch im hohen Norden bereiteten sie sich vor. Die Polizei wollte aber „nicht zusehen bis sie ihre primären Ziele umsetzen“, erklärte Matthias Hennig. Pressesprecher des Landeskriminalamt (LKA) Schleswig-Holstein.

Am 28. Oktober gingen Spezialkommandos der Polizei auf Weisung der Staatsanwaltschaft Kiel und Flensburg gegen die Neonazitruppe „Combat 18 Pinneberg“ (C 18 P) wegen des Verdachts auf Bildung einer „politisch motivierten Vereinigung“, auf räuberische Erpressung sowie auf illegalen Waffenhandel und Versand inkriminierter Rechtsrock-CDs vor. Mehr als 300 Polizisten stürmten über 50 Wohnungen und Treffpunkte der militanten Neonaziszene, die seit längerem enge Verknüpfungen zum kriminellen Rotlicht- und Rockermilieu aufgebaut hatte. Schwerpunkte der Razzien waren Pinneberg, Neumünster, Kiel und Flensburg. Auch Objekte in Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wurden durchsucht.

Nach einem Jahr Observierung machten die Ermittlungsbehörden als Hauptverdächtige Clemens Otto (22) aus Pinneberg, Peter Borchert (30) aus Neumünster und Marco Höhneck (22) aus Hamburg sowie vier weitere Personen aus. Gegen alle Verdächtigen wurden Haftbefehle erlassen. Das Trio soll mit Aktivisten der Kameradschaft Pinneberg versucht haben, die Gruppe „C 18 P“ nach dem Vorbild des bewaffneten Arms des britischen Netzwerks „Blood&Honour“ aufzubauen.

Das Motto des Vorbilds „Combat 18 heißt Terror“ offenbart die Intention der Nachahmer. In dem B&H-Handbuch „Der Weg Vorwärts“ erklären die militanten Neonazis, die in verschiedenen Ländern Divisionen aufbauten, ihr Konzept: „Wir brauchen eine Organisation wie C 18 (...). C 18 muss als der bewaffnete Arm der Blood&Honour-Bewegung

agieren (...) Es gibt viele Wege, Furcht und Terror unter den Feinden zu verbreiten“.

Hinweise auf eine „C 18“ im Norden gibt es seit Mitte des Jahres 2000. Aus dem Umfeld der Pinneberger Kameradschaft tauchten öffentliche Morddrohungen gegen den Elmshorner IG-Metall-Chef Uwe Zabel auf. Die Steckbriefe waren mit „ZOG“ gekennzeichnet, ein Synonym der Neonazis für die vermeintliche jüdische Weltherrschaft. Bei weiteren Farbanschlägen auf das Gebäude des „Pinneberger Tageblatts“ und den jüdischen Friedhof in Neustadt fiel das Kürzel „C 18“ auf.

Schon 1999 hatte in dem mittlerweile verbotenen Neonazimagazin „Hamburger Sturm“ eine „nationale Zelle“ den Aufbau „brauner Zellen“ zum bewaffneten Kampf dargestellt und Tipps gegeben. Nach Erkenntnissen des LKA hat Otto nun die direkte Nachfolge von B&H übernommen. Als im September 2000 die deutsche Division verboten wurde, blieb er unbehelligt. Seltsamerweise, denn er hatte in dem B&H-Magazin Deutschland über die Aktivitäten im Norden berichtet. Jetzt wird Otto, der wegen Körperverletzung mehrfach verurteilt wurde, zur Last gelegt, den illegalen CD-Handel „im großen Stil“ zu verantworten und dabei von rechten CD-Labels Schutzgeld erpresst zu haben. Der wegen Tötungsdelikten vorbestrafte Borchert steht im Verdacht, sowohl im Rotlicht- als auch im braunen Milieu mit Waffen gehandelt zu haben.

„Es war ein wichtiger Erfolg gegen eine äußerst militante und gefährliche Gruppe“, betonte der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß (SPD). Von bundesweiten Verbindungen oder gar internationalen Beziehungen will LKA-Sprecher Hennig aber nicht ausgehen: „Die Gruppierung hat sich zunächst auf Schleswig-Holstein konzentriert, um sich eine wirtschaftliche Basis aufzubauen“.

Mit dieser Operation folgte die Gruppe der Strategie aus dem C-18-Handbuch „Der politische Soldat“: „Jede Zelle sollte eine Geld- und Waffenquelle haben“ und „keine Zelle sollte in den bewaffneten Kampf einsteigen, wenn sie keinen sicheren Ort hat, wo Waffen, Munition ... usw.“ verschwinden können. Das Aktionsbüro Norddeutschland, dem Otto und Borchert nahe stehen, betont derweil: „Die politisch aktive Opposition im Norden wurde von diesem vermeintlich großen Schlag bis auf wenige Ausnahmen – die eine Polizeiaktion dieses Umfanges immer mit sich bringt – nicht berührt“.

*Andreas Speit*

**Hintergrund****Phantomzellen**

**Das aus den USA kommende gewalttätige Konzept des führerlosen Widerstands könnte auch für deutsche Neonazis eine Alternative darstellen. Blutige Anschläge sind zu befürchten.**

Schon längere Zeit vor der Polizeiaktion gegen „Combat 18“-Strukturen in Norddeutschland Ende Oktober wurde die Expansion der in England entstandenen „C 18“ auf das europäische Festland von Beobachtern der Szene mit Sorge verfolgt.

Die zunehmende Internationalisierung des Rechtsextremismus schließt offensichtlich nicht nur den globalen Transfer von Ideologie, Propaganda und Gütern (wie CDs undsoweiter), sondern auch von Strukturen und Strategien mit ein. Gerade im Dunstkreis des in Deutschland seit 2000 verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerks, zu dem C 18 zu zählen ist, ist seit geraumer Zeit eine wachsende Militanz und Gewaltbereitschaft zu beobachten. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem in den „Blood&Honour“-Blättern „Stormer“ und „Totenkopf“ dazu aufgerufen, sich in unabhängigen Kleinstzellen quasi-terroristisch zu organisieren.

Dies trägt die Handschrift des so genannten „leaderless resistance“-Konzepts (deutsch: „führerloser Widerstand“). Louis Beam, der Autor des Konzepts, ist ein Veteran der extremen amerikanischen Rechten. Seit den späten 60er Jahren nutzte Beam seine Erfahrungen als Soldat im Vietnamkrieg, um Ku Klux Klan-Mitglieder an der Waffe und im Guerillakrieg auszubilden. Mitte der 70er Jahre führte Beam zusammen mit David Duke und Tom Metzger (heute Führer der White Aryan Resistance – WAR) eine „Border Patrol“ an der amerikanisch-mexikanischen Grenze durch, um illegale mexikanische Einwanderer aufzugreifen. Zur gleichen Zeit organisierte er auch gewaltsame Kampagnen gegen vietnamesischstämmige Fischer in Texas. 1981 wandte sich Beam den Aryan Nations (AN) zu. Mit dem Computernetzwerk „Aryan Nations Liberty Net“ machte er sich als erster Rechtsextremist neueste Kommunikationstechnologie nutzbar. Enthalten auf dem „Liberty Net“ war ein von Beam entwickeltes Punktsystem, nach dem Personen durch die Ermordung unterschiedlich „wichtiger“ Teile des so genannten „Zionist Occupied Governments“

(ZOG) den Status eines „Aryan Warriors“ erhalten können. Hierzu ist die Akkumulation von einem vollen Punkt erforderlich; die Liste reicht von 1/1000 Punkt für die Ermordung eines „nicht-Weißen“ bis zu einem vollen Punkt für ein erfolgreiches Attentat gegen den Präsidenten der USA.

Wenige Jahre später entwarf Louis Beam ein neues, für seine Begriffe effizienteres Konzept, das er 1992 in einem Artikel in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „The Seditonist“ veröffentlichte. Leaderless resistance ist eine Strategie, die auf autonome Aktionen geheimer Widerstandszellen fußt, die sich um eine Ideologie und nicht um eine Führung gruppieren. Im Gegensatz zu öffentlich sichtbaren Gruppen oder gar Mitgliederorganisationen, die typischerweise hierarchisch wie eine Pyramide geformt sind, kommt das autonome Zellsystem ohne jegliche Hierarchie und ohne Befehlsstruktur aus. Sein Feindbild zeigt Beam klar auf. In seinem Artikel heißt es: „Kommunismus stellt heute für niemanden eine Gefahr dar in den Vereinigten Staaten, während die föderale Tyrannei eine Gefahr für alle darstellt“. Beam macht deutlich, dass es hier um einen Kampf auf Leben und Tod geht, einen Kampf gegen die als tyrannisch empfundene US-Regierung, gegen ZOG: „Es ist nicht vorbei, bevor der letzte Friedenskämpfer beerdigt oder verhaftet ist.“. Dieser Kampf soll in so genannten „Phantom Cells“ geführt werden. Im Sinne des leaderless resistance „operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und erstatten niemals Bericht an ein zentrales Hauptquartier oder einen einzelnen Führer [...] Es wird die Verantwortung jedes Individuums, sich die nötigen Fähigkeiten und Informationen dafür, was zu tun ist, anzueignen“.

### ■ „Handeln, wenn die Zeit reif ist“ ■

Diese Strategie erlaubt Zellen mit einer Person. Befehle sind nicht mehr erforderlich, denn „diejenigen Idealisten, die wahrhaftig der Sache der Freiheit verbunden sind, werden handeln, wenn sie fühlen, dass die Zeit dafür reif ist“. Worum es Beam geht, ist nicht die in seinen Augen gescheiterte Einheit der Organisation („unity of organization“), sondern eine Einheit der Sache beziehungsweise der Absicht („unity of purpose“). Dies wird wiederum ebenso klar benannt, wie die gewünschte Reaktion auf Krisensituationen: „Da die ganze Absicht des führerlosen Widerstandes der Sieg über die staatliche Tyrannei ist [...], werden alle Mit-

glieder von Phantomzellen oder Individuen auf objektive Geschehnisse mit den üblichen Widerstandstaktiken reagieren. Organe der Informationsverbreitung wie Zeitungen, Flugblätter oder Computer et cetera, welche weitgehend für alle zugänglich sind, versorgen jede Person mit Informationen und erlauben eine koordinierte Antwort, die viele Variationen annehmen wird. Niemand muss an irgend jemanden einen Befehl erteilen.“

### ■ „Offener Kampf gegen das ‘Zionist Occupied Government’“ ■

Der Paradigmenwechsel, der dieses Konzept für die extreme Rechte mit sich bringt, ist enorm. Nur wer sich gegen die „(jüdisch kontrollierte) staatliche Tyrannei“ auflehnt, wird zum „Friedenskämpfer“. Beams Strategie führt zu einer organisatorischen Janusköpfigkeit der extremen Rechten: zu einer Kombination von above ground und underground-Operationen, wobei die Untergrundaktivitäten von leaderless resistance geprägt sind. Mit leaderless resistance hat Louis Beam der extremen Rechten außerdem einen „Zwischenweg“ zwischen den relativ leicht von Regierungsorganen zu infiltrierenden herkömmlichen Organisationsformen (Pyramidenstruktur) und dem staatlichen Sanktionen kaum standhaltendem „offenen Kampf“ gegen „ZOG“ an die Hand gelegt. Wie Beam richtig feststellt, wären tausend „phantom cells“ ein „Sicherheitsalptraum für die Regierung“.

Leaderless resistance stellt eine Weiterentwicklung gegenüber dem im deutschen Rechtsextremismus in den 90er Jahren wieder stärker propagierten „Werwolfkozept“ dar. Während die sich im Untergrund befindlichen Werwolfkader nach dem Führerprinzip einem „Werwolfstab“ unterstehen, besteht beim führerlosen Widerstand keine solche Befehlsstruktur mehr. Vor allem in Deutschland, wo die gesetzlichen Restriktionen gegen Rechtsextremismus erheblich schärfer sind als in den USA, könnte leaderless resistance eine Alternative zur legalen Organisation bedeuten. Das organisatorische Potenzial wie auch der ideologische Rahmen für weitere Anschläge sind auf beiden Seiten des Atlantiks vorhanden, sogar die Anleitung zum Bombenbau kann mühelos im Internet heruntergeladen werden. Gewalt ist dem Konzept des führerlosen Widerstandes fundamental inhärent. Und dies könnte sowohl in den USA als auch in Deutschland in naher Zukunft zu blutigen Anschlägen rechtsextremer Zellen führen.

Thomas Grumke

## Aktivitäten

# „Politisch Verfolgte“

### Braune Solidarität mit Wiese & Co.

Für die neonazistische Fränkische Aktionsfront (FAF) haben Martin Wiese und Co. weiterhin die Solidarität der Szene verdient. Die „Gefangenen“, so meint die FAF, sollten „die gleiche Betreuung erhalten, wie es bei anderen politisch Verfolgten der Demokratie (PVD) üblich ist“. Dass Wiese und ein rundes Dutzend weiterer Beschuldigter Sprengstoff horteten, um damit am Tag der Grundsteinlegung für das Jüdische Zentrum in München einen Anschlag zu verüben – die Hardliner von der FAF stört es wenig. Mit Wiese verbanden sie enge Kontakte, spätestens seit man im Frühjahr beschloss, eine AG Bayern zu gründen, um „regional aktive Gruppen und Einzelpersonen aktionsbezogen zu vereinen“, wie es in einer Erklärung von Wieses Aktionsbüro Süd und der FAF hieß. So verwundert es nicht, dass für die FAF die weiteren Ermittlungen gegen das Wiese-Umfeld nichts anderes sind als die „Kriminalisierung legaler Strukturen“.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, ein Kamerad, der sonntags bei einer Tagung der AG Bayern ein Papier über Wohnungspolitik vorlegt, nicht dienstags wegen rechtsterroristischer Anwandlungen verhaftet werden darf, verlegt sich der rechts-extreme Pressedienst PHI auf eine andere Argumentation. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: „Erstens: Martin Wiese ist selbst Provokateur des Verfassungsschutzes, denn so viel Blödsinn ist bei einem tatsächlichen Terroristen nicht vorstellbar. Zweitens: Ein Geheimdienst hat den Sprengstoff an den verschiedenen Stellen, wo er gefunden wurde, versteckt, um einen Vorwand für die Verhaftung von Martin Wiese und seiner Gruppe zu haben.“ Ähnlich argumentiert NPD-Vorstandsmitglied Frank Schwerdt: Entweder sei Wiese ein Spinner oder „ein Mann des Staates“. Dass einer wie Wiese Antisemitismus und verbale Militanz der Szene so ernst genommen haben könnte, dass er selbst zur Tat schreiten wollte, das darf nicht sein. Das Aktionsbüro Nord schreibt über die Razzia gegen C18: „Was auch immer Landeskriminalämter und Geheimdienste der Öffentlichkeit als ‘Combat 18’ vorzuführen bemüht sind, hat mit der politischen Arbeit des nationalen Widerstandes nichts zu tun.“ Potenzielle Rechtsterroristen dürfen einfach nicht zu Neonazi-Zusammenhängen gehören. T.S.

## Aktivitäten

## „Heimatschutz“

**NPD-Stadtrat macht gemeinsame Sache mit der neonazistischen Kameradschaft Aachener Land.**

Rund 30 Neonazis haben in Aachen zu Prozessbeginn gegen die mutmaßlichen Mörder der Eschweiler Geschwister Tom und Sonja demonstriert. Anmelder der Aktion – Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ – war Willibert Kunkel, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen und Stolberger Ratsmann. Zwar durfte man wegen polizeilicher Auflagen nicht vor dem Landgericht, sondern nur ohne „Lautsprecher, Trommeln und Fahnen“ auf einem 300 Meter entfernten Kirchenvorplatz protestieren. Dennoch landete Kunkel wegen des immensen Medieninteresses am 5. November für seine Partei seinen größten Coup.

Kunkel hatte bisher eher kleinere Aktionen organisiert, etwa als Anmelder zwei Aufmärsche. So hatten im Februar 2002 in Stolberg 30 Rechtsextreme gegen das islamische Schächten demonstriert. Hatte Kunkel seine „Kameraden“ dabei noch fast lächerlich im militärischen Tonfall durch die Kleinstadt kommandiert, war dies im August 2002 den Vertretern des „Wattenscheider Widerstands“ zuwider. Sie übernahmen Leitung und Lautsprecherwagen der zweiten Stolberger Kunkel-Demo mit 60 Teilnehmern – Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“. Zur jetzigen Aktion hatten verschiedene NPD-Kreisverbände und das Parteiblatt „Deutsche Stimme“ mobilisiert.

Schon 1998 fungierte Kunkel, Jahrgang 1950, bei der Bundestagswahl als DVU-Kandidat im Kreis Coesfeld-Steinfurt. Aber erst nachdem er im Frühjahr 2002 mit anderen nordrhein-westfälischen DVU-Kreisverbänden geschlossen der NPD beitrug, wurde er aktiver. Im Jahr 2002 war der gebürtige Stolberger bei der Wahl zum Landrat im Ennepe-Ruhr-Kreis NPD-Kandidat. Bei der letzten Bundestagswahl trat er als NPD-Kandidat im Kreis Aachen an. Er ist Beisitzer im NPD-Landesvorstand NRW und dem Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV). Während Kunkel gegenüber militanten Skins wie denen der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) keine Berührungängste hat, halten diese Kontakte zu niederländischen Rechtsextremisten. Die KAL zählt

sich – indes durch die Ziffer „28“ (BH) kenntlich gemacht – zum in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk. KAL-Vertreter waren Ordner und Redner bei Kunkels Aufmärschen, einige von ihnen leben in Stolberg.

In der Kleinstadt kam es mehrfach zu nächtlichen Flugblatt- und Aufkleberaktionen mit NPD- und anderer Neonazipropaganda. Weil sie Nazi-Parolen grölten, nahm die Polizei im Jahr 2001 mehrmals Jugendliche fest. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Musik-CDs und Propagandamaterialien verunsicherten laut Polizei Mitläufer. Im Mai 2002 hielt dann der frühere Vorsitzende der verbotenen FAP, Friedhelm Busse, in der NPD-Stammkneipe einen Vortrag. Als im Bundestagswahlkampf 2002 die damalige PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke in einer Gaststätte reden wollte, hatten dort zuvor einige KAL-Skins und Kunkel „ein Bier trinken“ wollen – Wirt und Polizei erteilten Haus- und Platzverbot. Der PDS-Kreistagsabgeordnete Olaf Seiler kritisierte zudem, PDS-Wahlplakattafeln seien in Stolberg demoliert und abgerissen worden. Später seien an selber Stelle Plakattafeln der NPD aufgehängt worden, „deren Rückseiten deutlich lesbar die Kennzeichnung der FAP trugen“.

## ■ Verbindungen zu „Blood&amp;Honour“ ■

In diesem Jahr versuchten am 16. Mai rund 20 Rechtsextremisten aus dem KAL-Umfeld, ein antifaschistisches Konzert in Stolberg zu stören. Die Polizei verhinderte mit einem massiven Aufgebot größere Ausschreitungen. Schon am Morgen vor dem Konzert – es fand in einem Jugendheim in unmittelbarer Nähe zu Kunkels Wohnung statt – waren rechte Flyer vor dem Konzertort und auf dem nahen Schulgelände verstreut worden. Zuletzt mischten sich im Oktober Rechtsextreme in T-Shirts mit der Aufschrift „Umweltschutz ist Heimatschutz“ unter 700 Stolberger, die in einer „Kehraus-Aktion“ ehrenamtlich wilden Müll einsammelten.

Aktive Neonazis und deren Sympathisanten leben verstreut in den Kreisen Düren und Aachen. War die Szene noch stramm organisiert, als in Stolberg bis zu ihrem Verbot im Jahr 1994 die rechtsextreme Wiking-Jugend ansässig war, spricht der Verfassungsschutz-NRW heute von einer „lose strukturierten (Kameradschafts-)Szene“ im Kreisgebiet. Ihr gehören auch rechte Hooligans des Fußballclubs Alemannia Aachen an

Michael Klarmann

**Aktivitäten****Rechter Saubermann**

**Neu gewählter NPD-Stadtverordneter wegen Gewalttätigkeit angeklagt.**

Die Stadt Wittstock gilt als Hochburg der rechten Szene, die hier auch besonders dreist auftritt. Das jüngste Beispiel: Bei den Kommunalwahlen am 26. Oktober gelangte der NPD-Kandidat Mathias Wirth ins Stadtparlament, obwohl er mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten ist und sich an einem der schwersten rechtsextremen Krawalle in der Geschichte des Bundeslandes Brandenburg beteiligt haben soll. In der Nacht zum 14. Oktober 2001 hatten sich etwa 80 Rechtsextremisten vor dem Wittstocker Jugendclub „Havanna“ eine Schlacht mit der Polizei geliefert. Einer der Festgenommenen war Mathias Wirth, der auch in Untersuchungshaft kam und gegen den eine harte Anklage vorliegt. Dennoch kandidierte Wirth für die NPD – und wurde jetzt mit 509 Stimmen (4,07 Prozent) ins Stadtparlament von Wittstock gewählt.

Den Polizeieinsatz im Oktober 2001 bezeichnete das Innenministerium als einen der größten gegen die rechte Szene in Brandenburg. Die aus Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stammenden Neonazis hatten im „Havanna“ eine „Geburtsstagsfeier“ veranstaltet, lautstark rechtsextreme Musik abgespielt und Parolen wie „Berlin bleibt deutsch“ gegrölt. Als die Polizei die Personalien feststellen wollte, verbarrikadierte sich die Meute und warf mit Tischen, Stühlen, Flaschen und einem Feuerlöscher. Etwa 100 Polizisten, darunter Beamte der Spezialeinheit „MEGA“, nahmen 58 Extremisten fest, unter ihnen Mathias Wirth. Er kam mit sechs weiteren Neonazis in U-Haft und wurde nach einem Monat entlassen. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat Wirth und elf weitere Extremisten angeklagt. Im Fall Wirth lauten die Vorwürfe Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Versuch der gefährlichen Körperverletzung. Der 38 Jahre alte Kfz-Mechaniker sei außerdem schon mit politischen Delikten und „normaler Kriminalität“ aufgefallen, heißt es in Sicherheitskreisen. Wann in dem „Havanna“-Verfahren der Prozess stattfindet, ist unklar. In Wittstock selbst war nur eine flaue Reaktion zu hören. Der Leiter des Ordnungsamtes, Walter Hahnemann (parteilos), nannte die Wahl von Wirth nur „legitim“.

Frank Jansen

**Seitenblick****Alarmsignal**

**Wählen-ab-16-Simulation endete mit Erfolgen für die NPD.**

Das vom Verband Landjugendring Brandenburg mit der Forderung des Herabsetzens des Wahlalters auf 16 Jahre verknüpfte Experiment bei den Brandenburger Kommunalwahlen am 26. Oktober hat ernüchternde, wenn auch wenig überraschende Ergebnisse gezeitigt. Heranwachsende im Alter von 16 und 17 Jahren waren aufgefordert, per Telefon, SMS, Fax oder in ausgewählten Jugendklubs an die Wahlurne zu treten. Es sollte gezeigt werden, dass junge Menschen mitnichten politikverdrossen sind und ihre Interessen zu vertreten wissen. In dem Werbeflyer des Landjugendrings hieß es warnend: „Lasst Euch nicht von Rattenfängern beeindrucken, den Stein der Weisen hat noch keiner gefunden. Und mit ausländerfeindlichen Parolen ist noch kein Problem gelöst, kein Ausbildungsplatz geschaffen worden!“ Geholfen hat dieser Appell wenig.

Die Auswertung der rund 350 abgegebenen Stimmen ergab nun, dass ein großer Teil der Jugend in Brandenburg der extremen Rechten zuneigt. In Cottbus entfielen so auf die NPD 15 Prozent aller Stimmen, in der Prignitz knapp 22 Prozent. Im Landkreis Spree-Neiße machten die Jugendlichen mit 28,7 Prozent die NPD gar zum Wahlsieger. Auf das ganze Land umgerechnet landete die NPD mit 11,9 Prozent auf Platz vier – mehr Stimmen bekamen CDU (23,5), PDS (20,8) und SPD (19,9). Die DVU erreichte lediglich 2,1 Prozentpunkte. T.G.

**Rechte in den Kommunen**

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg am 26. Oktober erhielt die NPD insgesamt 14 533 Stimmen (0,53 Prozent) und 5 Mandate. Sie ist künftig in den Kreistagen von Oder-Spree (2 Sitze), Prignitz und Oberhavel sowie im Rat der Stadt Wittstock mit je 1 Sitz vertreten. Die DVU holte 1,02 Prozent (28 232 Stimmen) und 7 Mandate. Sie zieht in die Kreistage von Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz mit je 2 Sitzen, von Märkisch-Oderland und Potsdam-Mittelmark sowie in die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung mit je 1 Sitz ein. Die Republikaner erzielten voraussichtlich ein Mandat (5,56%) im Kommunalparlament von Eisenhüttenstadt.

**Grauzone****Die „Schill-Show“**

**Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust wird den Schatten seines früheren Innensensors nicht los.**

Es ist ein Bild mit Symbolcharakter: Kurz nach der politischen Auferstehung seines ehemaligen Innensensors Ronald Schill ging Ole von Beust (CDU) auf Dienstreise in die Türkei. Doch wo der Hamburger Bürgermeister auch hinfliegt, überall verfolgt ihn Schills Schatten und überdeckt die Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP – wohl bis zum Ende der Legislaturperiode.

Als Ole von Beust seinen Stellvertreter am 19. August dieses Jahres auf der legendären Pressekonferenz aus dem Amt katapultierte, schien die Karriere des charmanten Rüpels vom rechtspopulistischen Rand beendet zu sein. Zu tief hatte Schill in die verbale Schmutzkiste gegriffen, als er von Beusts angebliches homosexuelles Verhältnis zu Justizsenator Roger Kusch (CDU) mit unappetitlichen Details zu belegen versuchte, nachdem er von Beust zuvor mit einem Outing gedroht hatte. Der wertete das als „Erpressung“ und warf den gelernten Amtsrichter mit Schimpf und Schande („charakterlich nicht geeignet“) aus dem Amt.

Doch trotz aller Ausfälle stößt Schill in der nach ihm benannten Partei weiter auf breite Zustimmung. Auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag am ersten Novemberwochenende wurde er mit minutenlangem Klatschen und Rufen („Wir wollen Schill“) gefeiert. Eine Jubelarie mit Folgen: Sein ehemaliger Adlatus, der amtierende Bausenator und Zweite Bürgermeister Mario Mettbach, erkannte den Meinungsumschwung und stärkte Schill mit Angriffen auf von Beusts Krisenmanagement („unter aller Sau“) in der Schill-Affäre den Rücken. Im Sommer waren Mettbach und weitere Funktionsträger der Partei noch mit deutlichen Worten auf Distanz zu Schill gegangen. Alles Schnee von gestern. Jetzt mehren sich die Stimmen, die den Hamburger Landesvorsitzen Ronald Schill, der am 29. November im Amt bestätigt werden soll, wieder salonfähig machen wollen. Landesgeschäftsführer Wolfgang Barth-Völkel plädiert dafür, mit dem „Zugpferd“ Schill als Spitzenkandidat in den Wahlkampf 2005 zu gehen. Und für Mettbach ist schon heute klar, dass Schill nach der gewonnenen Wahl

mit von Beust Verhandlungen über den Koalitionsvertrag führen wird. Der Abgeordnete Frank-Michael Bauer provozierte die Christdemokraten mit dem Ausspruch, dass es ohne Schill keinen Bürgermeister von Beust gäbe. Starker Tobak für den Angesprochenen, dessen Diktum („kein Wort mehr mit Schill“) weiter Gültigkeit hat. Während Ole von Beust zu dem Knistern in der Koalition schweigt, sind aus den eigenen Reihen und dem Lager der FDP kritische Töne zu vernehmen. Die Schill-Partei stelle mit ihren Äußerungen die Koalition in Frage, ließ Jungliberalen-Chef Lars Otto verlauten. Und der CDU-Abgeordnete Wolfgang Beuß warnte Mettbach davor, seine „Äußerungen“ zu wiederholen: „Das wird nicht durchgelassen“, sagte er dem „Hamburger Abendblatt“.

Derweil wittert die Opposition nach dem jämmerlich gescheiterten Antrag auf Neuwahlen Morgenluft. „Die bösen Geister, die er rief, ist von Beust nicht losgeworden. Sie tanzen ihm auf der Nase herum“, feixte die grüne Fraktionschefin Christa Goetsch und konstatierte eine „erschreckende Abhängigkeit“ des Bürgermeisters von der „rechten Krawallpartei und ihrem Gründer Schill“. Für den SPD-Landesvorsitzenden Olaf Scholz werden die „eigentlichen Hauptakteure im Rathaus immer zu Statisten in der Schill-Show“, wie er in der Tageszeitung „Die Welt“ feststellte. *Volker Stahl*

## Mitarbeiter beurlaubt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Egon Jüttner hat seinen Mitarbeiter Sebastian Prinz beurlaubt. „Spiegel“-Online (4.11.2003) zufolge hatte Prinz vor zehn Jahren „äußerst fragwürdige Kontakte“: „Damals organisierte er Treffen eines ‘Junge Freiheit’-Leserkreises mit, etwa am 11. Mai 1993. Daran nahm auch Chefredakteur Dieter Stein teil. Tags darauf saß Prinz bei einer Kölner Zusammenkunft von Aktivisten der später verbotenen Neonazi-Truppe Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, die als brandgefährlich galt. Mindestens ein weiteres Mal war er danach noch dabei.“ Dem BnR liegt eine Einladungsliste aus dem Jahr 1993 vor, in dem neben Prinz Neonazis wie Karl Polacek, Arnulf Priem, Eite Homann, Steffen Hupka und Meinolf Schönborn aufgeführt sind. Prinz gehört der extrem rechten „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn 2000“ an und ist Autor in den „Burschenschaftlichen Blättern“ an. Prinz' Name taucht auch im Zusammenhang mit dem umtriebigen Rechtsextremen Hans-Helmuth Knütter auf. *A.M.*

**Demokratische Initiativen****Hass-Seiten stoppen****Erfolgreiches internationales Netzwerk**

Die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen neonazistische Internetseiten macht Fortschritte. Mehr als 1000 rechtsextreme Websites sind binnen Jahresfrist auf Initiative der Organisationen, die im September 2002 das „International Network Against Cyber Hate“ (INACH) gegründet hatten, aus dem Netz entfernt worden, auch in Ländern, wo Neonazis mit ihren braunen Seiten wegen unterschiedlicher Rechtsauffassungen und -systeme Unterschlupf zu finden hofften. Dies betont der Schweizer Samuel Althof, der Sprecher der Aktion Kinder des Holocaust, die zusammen mit Organisationen aus Deutschland, den Niederlanden und Belgien INACH ins Leben gerufen hatte. Inzwischen sind Mitglieds-Kandidaten aus Schweden, Dänemark, Frankreich, Polen und Russland hinzugekommen. Auch der Brückenschlag über den Atlantik scheint gelungen: Mit von der Partie ist die US-amerikanische Anti-Defamation League. Bei einer Konferenz über „International Law and Monitoring“ wurde Ende Oktober in Mainz eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit gezogen.

Gemeinsam ist den INACH-Mitgliedern, dass sie so genannte Online-Meldestellen unterhalten, an die sich Internet-User wenden können, die beim Surfen auf rassistische Seiten stoßen. Auf der gemeinsamen Homepage [www.inach.net](http://www.inach.net) sind zudem rechtliche Bestimmungen verschiedener Länder zu finden. Die beteiligten Organisationen wollen angesichts der Internationalität des Internet grenzüberschreitende Lösungsansätze finden und ihre jeweiligen Erfahrungen bündeln. Dem dient eine interne Datenbank, mit der sich die Mitglieder – aus Deutschland macht die Projektgruppe „Rechtsextremismus im Internet“ von „jugendschutz.net“ mit – schneller über Fälle informieren, die Ländergrenzen überschreiten. Dazu gehört das Auftauchen solcher Seiten ebenso wie die Information über den Stand von Verfahren gegen die Hintermänner. Wie wichtig die internationale Zusammenarbeit sein kann, zeigt eine Zahl: Von jenen 2002 von jugendschutz.net neu entdeckten 173 rechtsextremen Seiten mit strafbarem Inhalt, die nach einer Intervention sofort wieder aus dem Internet verschwanden, wurde immerhin ein Drittel (58) über ausländische Provider verbreitet. *Tomas Sager*

**Demokratische Initiativen****NS-Zeit auf CD-Rom****Landkarte der braunen Vergangenheit**

Ein spannendes zeitgeschichtliches Projekt haben die Museen der Stadt Delmenhorst „am Wickel“. Auf einer CD-Rom haben sie nun eine Topographie der Nazi-Zeit in der jetzt rund 80 000 Einwohner zählenden Stadt zwischen Bremen und Oldenburg erstellt. Für das nächste Jahr ist eine Veröffentlichung geplant; gegenwärtig dient die CD-Rom ausschließlich internen Zwecken der Museen. Das Besondere an der Silberscheibe ist die regionale Verortung von Straßen und Gebäuden. Der Nutzer erfährt zum Beispiel, wie Delmenhorster Straßen unter dem Hakenkreuz hießen und wie bestimmte Häuser in braunen Zeiten verwendet wurden. Auf der CD-Rom, deren Konzeption von Fredo Behrens entwickelt wurde, finden sich mehr als 2200 Einzeldateien mit rund 2000 Druckseiten Texten und etwa 700 Bildern. 44 Themen aus der Nazi-Zeit wurden näher betrachtet. Dabei wurden Erinnerungen von Zeitzeugen ebenso herangezogen wie wissenschaftliche Studien oder auch die Dokumentation einer Ausstellung der Delmenhorster SPD aus Anlass des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Weil Delmenhorst in starkem Maße eine Industriestadt war und die Arbeiterparteien SPD und KPD viel Zulauf hatten, lebten in ihren Mauern auch viele spätere Opfer des Nazi-Regimes. Zu den Delmenhorster Politikern, die unter der NS-Herrschaft umgebracht wurden, gehörten zum Beispiel Heinrich Helmerking, Johann Snelinski und Heinrich Wagner. Wilhelm von der Heyde überlebte die Verfolgung. Er wurde im März 1933 als städtischer Angestellter entlassen und im Herbst 1944 im Zusammenhang mit dem Widerstand des 20. Juli verhaftet. Nach dem Weltkrieg wirkte von der Heyde viele Jahre als Oberbürgermeister der Stadt.

Die Synagoge in der Cramerstraße 21 wurde in der Reichspogromnacht niedergebrannt. Von den etwa 180 jüdischen Bürgern, die 1933 in Delmenhorst lebten, wurden mindestens 75 in Konzentrationslagern und Vernichtungslagern ermordet. Groß war auch die Opferzahl unter den vielen ausländischen Zwangsarbeitern. Allein auf dem Friedhof in Delmenhorst-Bungerhof liegen 127 Russen und Ukrainer begraben. *Thomas Klaus*

## Hintergrund

## Griff „zum Klee“

**Ein Lexikon über Personen des Dritten Reichs und deren Werdegang nach 1945. In der FAZ wird es deswegen kritisiert.**

Es gibt Romane über Napoleon, Franco, Cäsar und Churchill, aber zu eigenen Handbüchern hat es noch keiner gebracht. Das hängt auch damit zusammen, dass noch nie gegen Mitglieder eines Regimes eine Flut von Strafverfahren geführt worden ist. Die einzige Ausnahme bilden die zwölf NS-Jahre. Seit Beginn der 80er Jahre werden dazu Handbücher, Bibliografien, Lexika und Enzyklopädien angeboten – von höchst unterschiedlicher Qualität. Jetzt hat der S. Fischer-Verlag in Frankfurt/Main nachgelegt, um eine Lücke zu schließen.

„Das Personenlexikon zum Dritten Reich – Wer war was vor und nach 1945“ von Ernst Klee unterscheidet sich nämlich grundlegend von allem, was bisher dazu auf dem Markt ist. Der Untertitel sagt es deutlich: Klee bleibt nicht bei der Befreiung im Mai 1945 stehen, was alle vor ihm getan haben. Klee legt Wert auf die Biografien danach. Wie ist es denn mit den Karrieren von Ärzten, Historikern, Juristen, Polizeibeamten, Geistlichen, Offizieren, Journalisten und vielen anderen Berufen weitergegangen? Zum Beispiel mit dem Juristen Eduard Dreher: Während des Krieges hat er als Erster Staatsanwalt am Sondergericht zur Ausschaltung politischer Gegner und Stellvertreter des Generalstaatsanwalts Innsbruck Todesstrafen wegen Diebstahls eines Fahrrads oder geringer Mengen Lebensmittel beantragt. Nach der Befreiung bewarb er sich beim Bundesjustizministerium, brachte es zum Leiter der Abteilung für die Strafrechtsreform und fügte in einen nebensächlichen Artikel einen Paragraphen ein, durch den das gesamte Führungspersonal der Terrorzentrale SS-Reichssicherheitshauptamt nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden konnte. Bisher mussten über Fälle wie Dreher dicke Bücher geschrieben werden. Nun genügt ein Griff „zum Klee“, wie es bald heißen könnte, und man weiß Bescheid.

Ein anderer Fall ist der hoch angesehene Münsteraner Historiker Werner Conze. Seine brillanten Vorlesungen waren in den 50er Jahren Höhepunkte historischen und literarischen Forschens. Niemand hat damals gefragt, was Conze bis 1945 ge-

tan hat. Klee klärt auf. Conze forderte die „Entjudung der Städte und Marktflecken“ in Polen. Er war ein schlimmer NS-Blut- und Bodenideologe. Nach 1945 war er Ordinarius in Heidelberg sowie Mitbegründer und Mitherausgeber der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“.

Mehr als 4000 Namen hat Klee sorgfältig zusammengetragen und dokumentiert – einschließlich der Quellen zu jeder Person.

Das vorzügliche Personenlexikon findet freilich auch Kritiker. Das ist bei Büchern normal, wer sich öffentlich äußert, muss sich selbstverständlich der Kritik stellen. So hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) den Berliner Historiker Henning Köhler beauftragt, Klees Buch zu besprechen – wohl in der Gewissheit oder Hoffnung, der werde bestimmt Haare in der Suppe finden. Die gibt es auch, sie hängen aber mit dem Spezialgebiet Klees zusammen. Er hat die NS-Medizin und speziell die NS-„Euthanasie“ erforscht und kennt sich deshalb bei Medizineren besonders gut aus. Das bemängelt Henning bereits in der Überschrift. Dann nimmt er Anstoß am Fischer-Verlag und dessen literarischer Macht bei der Bearbeitung der Nazizeit. Dabei trifft es zu, dass Fischer sich mehr mit der NS-Zeit beschäftigt hat als jeder andere deutsche Verlag. Was daran verwerflich ist, schreibt Köhler nicht. In einem anderen Punkt, der dem Rezensenten missfällt, offenbart Köhler dann sein eigentliches Anliegen. Verfasst jemand ein NS-Lexikon, in dem es auch um die Zeit nach der Befreiung geht, kann man ihm eigentlich schlecht vorwerfen, das einzulösen. Das allerdings tut Köhler und begibt so in die Nähe der Lächerlichkeit. Ein Rezensent kann ein Buch bemängeln, weil er es für überflüssig oder gar schädlich hält. Er darf aber nicht deshalb Vorwürfe erheben und ein Buch verreißen, weil der Autor einhält, was er im Titel verspricht. Genau das aber tut Henning Köhler, indem er im letzten Satz fragt: „Wird es schließlich nur als Handbuch zur antifaschistischen Familienforschung dienen, um Großväter oder andere ‘Verwandte’ zu entlarven?“.

Keine Bange, Herr Köhler. Aber das Buch hilft zu verstehen, warum vieles nach der Befreiung so und nicht besser oder gar noch schlechter gelaufen ist. Glückwunsch an den Fischer-Verlag, das Buch verlegt zu haben, Dank an Ernst Klee für seine Arbeit.

Heiner Lichtenstein

**Das Personenlexikon zum Dritten Reich – Wer war was vor und nach 1945?**, hrsg. von Ernst Klee, S. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 2003, 736 Seiten, 29,90 EUR.

**Bücherschau****Haltbare Mythen**

Der „Fall“ des hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann belegt, wie ungebrochen die Neigung mancher Menschen ist, die historischen Fakten des Nationalsozialismus zu leugnen. Hohmanns Vergleich des Holocausts mit Verbrechen jüdischer Bolschewiken ist nur ein Beispiel für ein ganzes Arsenal an Lügen und Legenden über die Nationalsozialisten.

Mit eben diesem Thema „Rechtsextreme Geschichtsmythen: Legenden über den Nationalsozialismus“ beschäftigten sich die Teilnehmer einer Fachtagung im April 2002, veranstaltet von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Die Beiträge der Tagung sind jetzt in einem Sammelband erschienen. Damit liegt eine detaillierte und kenntnisreiche Auseinandersetzung mit gängigen Legendenbildungen im rechten politischen Spektrum vor. In acht Beiträgen wenden sich die Autoren unter anderem Mythen um den Antisemitismus, der „Auschwitzlüge“, den Ursachen des Zweiten Weltkrieges oder den „Nazi-Idolen“ Rudolf Heß, Gregor und Otto Straßer sowie Albert Speer zu.

Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, zeigt in seinem einleitenden Beitrag einen geradezu idealtypischen Fall von Legendenbildung. Um die Behauptung zu unterfüttern, Juden hätten Deutschland den Krieg erklärt und Antisemitismus und Vernichtung der Juden seien quasi „Notwehrreaktionen“ gewesen, beziehen sich Angehörige des rechten Spektrums bis heute auf das Buch „Germany Must Perish!“ des amerikanischen Werbemanns Theodore N. Kaufman. Buch und Person existierten tatsächlich, nicht aber die bereits von den Nazis behaupteten Verbindungen Kaufmans in die amerikanische Politik. Von einer engen Beziehung zu US-Präsident Theodore Roosevelt konnte überhaupt keine Rede sein. Obwohl feststeht, dass Kaufman ein unbedeutender Zeitgenosse war und sein Buch – ein wirrer Plan zur Zwangssterilisation der Deutschen – in den USA so gut wie unbeachtet blieb, wird bis in die Gegenwart der „Kaufman-Plan“ aus der Mottenkiste geholt, um antisemitische Vorurteile zu schüren; etwa in dem Aufsatz „Verbotene Trauer“, verfasst von Klaus Rainer Röhl, erschienen 2002.

Ein besonders perfides Beispiel für Mythen und Legenden der rechten Szene ist die „Auschwitzlüge“. Juliane Wetzel beschäftigt sich in ihrem Beitrag insbesondere mit den so genannten Revisionisten, die mit Penetranz darauf beharren, dass eine revidierte Geschichtsbetrachtung zu dem Ergebnis kommen müsse, „dass der Holocaust nicht stattgefunden habe, sondern von jüdischer Seite als der Betrug des 20. Jahrhunderts lanciert worden sei“.

Dabei unterliegt das Leugnen historischer Fakten offensichtlich einer Konjunktur: Sei der Revisionismus in den siebziger und achtziger Jahren bei Alt- wie Neonazis hochpopulär gewesen, so Wetzel, verschwand das Thema in den neunziger Jahren scheinbar in der Versenkung, um mit der Ausbreitung des Internets „wieder entdeckt“ zu werden. Unter dem Deckmäntelchen der (Pseudo-)Wissenschaftlichkeit werde nicht allein der Holocaust geleugnet, sondern das gesamte Wirken der Nationalsozialisten verharmlost und gerechtfertigt. Dabei zitierten Revisionisten wie Robert Faurisson, Thies Christophersen oder David Irving zum Beleg ihrer „Wissenschaftlichkeit“ mit Vorliebe gegenseitig aus ihren Werken und bezögen sich nie auf die tatsächlichen Quellen, so Wetzel.

Auch die Idealisierung einstiger Nazigrößen wie Albert Speer, die Gebrüder Straßer und Rudolf Heß funktioniert im Wesentlichen über die Ausblendung wichtiger Fakten aus den Biographien. Michael Kohlstruck zeichnet nach, wie sich etwa Hitlers Lieblingsarchitekt Albert Speer vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg „zum Technokraten ohne ideologischen Willen“ stilisieren konnte. Speer leugnete nicht seine Schuld, doch verstand er es, sie klein zu reden. „Anders als im Fall Straßer und Heß suchte nicht die extreme Rechte bei Speer Antworten, sondern die gute Gesellschaft.“ Doch tatsächlich, so Kohlstruck, habe sich der Architekt an der systematischen Unterdrückung belastender Dokumente beteiligt; Dokumente, die etwa Speers Verantwortung für die Zwangsevakuierung Berliner Juden nachweisen – um Raum für seine geplante Mammutstadt „Germania“ zu schaffen.

Mit seinen zahlreichen gut belegten Beispielen und Hintergrundinformationen ist der Band ausgezeichnet für den Schulunterricht und die politische Bildungsarbeit geeignet.

*Gudrun Giese*

**Geschichtsmythen, Legenden über den Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz und Peter Reif-Spirek, Metropolis Verlag, Berlin 2003, 168 Seiten, 16 EUR.**

**Zeitschriftenschau****Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 42–45/2003: Objekt der Anstoßes ist – erneut – das der JF verhasste NRW-Innenministerium. Wegen des Rechts-extremismusverdachts gegenüber der JF sieht Chefredakteur Dieter Stein die Autoren „inquisitorischen Hexenjagden“ ausgesetzt. Gegen den „außer Rand und Band geratenen Behördenleiter“ des NRW-Verfassungsschutzes Hartwig Möller würde die Möglichkeit eines strafrechtlichen Verfahrens geprüft, teilt Stein mit, der den „solidarischen Protest von Politikern und Publizisten gegen diesen institutionalisierten Wahnsinn“ vermisst. Beim Verwaltungsgericht Düsseldorf hat die JF Eigenangaben zufolge kürzlich eine weitere Klage wegen der Erwähnung der JF im aktuellen Landesverfassungsschutzbericht eingereicht. Götz Kubitschek rechtfertigt sein Stören der Düsseldorfer Fachtagung über die Neue Rechte, wobei er sich des Mikrofons bemächtigt hatte und schließlich des Saales verwiesen wurde, als „demokratische Teilhabe“. Doris Neujahr empört sich über den mit „exzeptioneller Grausamkeit“ geführten „Vernichtungskampf“ einer Elterninitiative gegen einen rechtslastigen Berliner Lehrer. Bundespräsident Johannes Rau und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die sich hier in ihrem Element fühlten, würden noch dem „Schweinehund Zucker geben“. Auch die Medien hätten „sich einträchtig zu Sprachrohren der Anschwärzer“ gemacht, beklagt Neujahr. Aber die Gesinnungen von Journalisten, die auf Opportunismus und Karrierismus beruhten, seien leicht zu haben, stellt Neujahr fest, die den Unions-Konservativen „veränderte geistig-kulturelle Weichenstellungen“ nahelegt, um dem „Geist von '1968' den öffentlichen Todesstoß zu versetzen. Die (extreme) Rechte müsse eine Konzeption entwickeln, in der „nationale und soziale Fragen konsequent zusammengedacht sind“, empfiehlt Matthias Seegrün. In dem Film „Das Wunder von Bern“ sieht Stein „eine Tür für mehr Mut zu patriotischem Pathos“ aufgestoßen und geißelt das „Herumgenöle“ der „national-neurotisierten“ Blätter. Moritz Schwarz mokiert sich über das örtliche Desinteresse einer kleinen Taunusgemeinde wegen der Beschädigung der Inschrift des dortigen „Gefallenehnenmals“ für die Waffen-SS. Für Andreas Mölzer ist der biedere Schweizer Christoph Blocher, der eben keine schillernde Figur sei, ein „hoffnungsvolles Modell für eine zukunftsfähige europäische Rechte“. (gn)

**Personen****Völkischer Ökologe****Ein Ur-Grüner mit tiefbraunen Flecken.**

Im Alter von 91 Jahren ist mit Baldur Springmann einer der Mitbegründer der Grünen gestorben, der in den ersten Jahren das Erscheinungsbild der Umweltpartei wesentlich mitprägte. Doch von dem Ökobauern wollte in der Partei kaum noch jemand etwas wissen. Der war dafür im rechten Lager bis an sein Lebensende ein sehr gefragter Mann. Als „ein Sprecher, der noch ihr Vaterland liebenden Menschen“, bezeichnete sich Springmann selbst auf seiner Homepage.

Springmann hatte die Grünen 1982 gemeinsam mit Herbert Gruhl verlassen und die Ökologische Partei Deutschland (ÖDP) gegründet, wo er als stellvertretender Vorsitzender fungierte. Nach wenigen Jahren verließ er auch die ÖDP und gründete die Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD), die ganz offen im rechten Lager standen. Springmann war häufiger Autor der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und von „Europa vorn“. Auch seine beiden Bücher erschienen in rechten Verlagen. „Partner Erde“ wurde 1982 im Arndt-Verlag veröffentlicht und die Autobiografie „Bauer mit Leib und Seele“ im Verlag Siegfried Bublies.

In den letzten Jahren entwickelte er sich zunehmend zum rechten Esoteriker. „Springmann bezeichnet sich als Ökosoph im lebenslangen Bemühen um bäuerliche Lebensart. Als solcher bereitet er eine krude Mischung aus völkisch-esoterischer Religiosität und Ökoromantik auf, in der auch christliche Versatzstücke zu finden sind“, schreibt Monika Kirschner im „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“. Als Mitglied im Vorläufigen Sprecherrat der Deutschen Aufbauorganisation (DAO) Alfred Mechttersheimers setzte er sich für eine Einigung des zersplitterten rechten Lagers ein. In schrillen Tönen wetterte er gegen „Geschichtsfälschung und antideutschen Schmäh“. Er warnte vor „der Vertreibung aus unserer Erbmasse und damit der Vernichtung nicht nur unseres sondern jedweden Volkstums“. Regelmäßig taucht sein Name im Pressespiegel der Deutschlandbewegung auf, so im Juli 2001 „Zur Überfremdung des geistigen Deutschtums“. Kopf der Deutschlandbewegung ist Alfred Mechttersheimer, der für die Grünen vier Jahre im Bundestag saß. Peter Nowak

**Meldungen****Inland**

■ **Bad Gandersheim** – In Neonazi-Kreisen läuft ein Solidaritätsappell zur finanziellen Unterstützung für Dieter Riefling, der jüngst – wie bereits vor drei Jahren – seinen Privat-PKW zu Schrott gefahren hat. Der Neonazi Riefling, unter anderem Redner bei der HNG-Jahreshauptversammlung im vergangenen März, ist laut Eigenbekunden seit 1985 in der „Szene/Bewegung“ aktiv.

■ **Berlin** – Am Landgericht Berlin beginnt am 20. November der Prozess gegen den 36-jährigen Neonazi Jean-René Bauer wegen Unterstützung krimineller Vereinigungen und gefährlicher Körperverletzung. Er steht im Zusammenhang mit dem vor dem Berliner Kammergericht stattfindenden Prozess gegen die Mitglieder der braunen Kultband „Landser“, Michael Regener, Andre Möhrcke und Christian Wendorf. Das Verfahren gegen den früheren „Landser“-Gitarristen Jean-René Bauer war abgetrennt worden und wird vor der 2. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts verhandelt. Bauer, ein ehemaliger Unteroffizier der Stasi, hat Verbindungen zu der Berliner Neonazi-Rocker-Vereinigung Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft. Weitere Verhandlungstermine sind für den 25. und 27. November sowie für den 8. Dezember 2003 anberaumt.

■ **Dresden** – Die zweite Verhandlungsstaffel vor dem Dresdner Landgericht gegen 11 frühere Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) ist schnell zuende gegangen. Ein so genanntes vollumfängliches Geständnis der 22- bis 25-jährigen Angeklagten machten ausführliche Beweisaufnahme und Zeugenvernehmungen überflüssig. Zudem ermöglichten die lange zurückliegenden Taten und ein meist vorstrafenfreies Leben eine Vorab-Übereinkunft der Prozessbeteiligten, die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung mit Strafen zwischen sechs und 18 Monaten auf Bewährung zu ahnden. Was die Geständnisse mehrerer Angeklagten wert sind, brachte ein SSSler in seinem Schlusswort auf den Punkt, es gehe hier nur um Gesinnung. Einer der Rechtsanwälte meinte gar, dass die „Stimmung gegen die SSS von Justiz, Politik und Medien aufgebauscht“ worden sei, um „den Rechten eins auszuwischen“ indem man „Leute einseitig in die Ecke schiebt“. Zu Beginn der Verhandlung war das Verfahren eines Angeklagten ab-

getrennt worden. Er hatte vor einigen Wochen in der Sächsischen Schweiz mit anderen einen Brandanschlag auf Roma verübt. Am 7. Januar 2004 beginnt der dritte Prozess gegen SSS-Mitglieder.

■ **Eberswalde (Kreis Barnim)** – Die Polizei hat die Wohnung eines Führungsmitglieds des neonazistischen „Märkischen Heimatschutzes“ (MHS) bei Eberswalde durchsucht. Der braune Kader hatte Daten über Mitarbeiter des Staatsschutzes gesammelt und deren Familien ausgespäht. Die Ende 2001 gegründete Kleinstorganisation MHS wirbt regelmäßig („Hinein in die Bewegung“) in den HNG-Nachrichten. Ihr gehören etwa 15 bis 25 Personen an, die im Norden Brandenburgs aktiv sind.

■ **Ehrenfriedersdorf** – Die sächsische NPD hat auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 1. November die Kandidaten für die Landtagswahl im Freistaat am 19. September kommenden Jahres bestimmt. Auf dem Spitzenplatz der Landesliste steht der Bundesvize Holger Apfel, auf Platz 2 folgt ihm der sächsische Landesvorsitzende Wilfried Petzold, Platz 3 belegt der NPD-Kommunalparlamentarier in Sebnitz Johannes Müller. Weitere Kandidaten sind neben anderen der Königsteiner NPD-Politiker Uwe Leichsenring, Jürgen Schön (Bundesvorständler), Jürgen Gansel („Deutsche Stimme“-Redakteur) sowie der Landessprecher der Sachsen-NPD, Matthias W. Paul.

■ **Gremsdorf** – Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) führte am 25. Oktober in Gremsdorf im nördlichen Bayern mit rund 160 Teilnehmern ihren diesjährigen Europakongress durch. Als Hauptredner fungierten der JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow, der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der rechtsextreme Vordenker Pierre Krebs (Thule-Seminar). Eigenangaben zufolge waren in Gremsdorf Delegationen aus Italien, Irland, Schweden sowie Griechenland anwesend. Teilgenommen haben sollen auch Vertreter der neonazistischen Fränkischen Aktionsfront, der rechtsextremen Deutschen Partei und des Nationalen Bündnisses Dresden. Für die musikalische Unterhaltung sorgten der unvermeidliche braune Barde Frank Renniecke und Michael Müller.

■ **Heilbronn** – Die neonazistische Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG; Postfachadresse in Heilbronn, Baden-Württemberg) ruft „alle revolutionären Nationalisten im Großraum Rhein-Neckar und aus nah und fern“ zur Teilnahme an der „Kundgebung zum Heldentag des deut-

schen Volkes“ am 16. November im Raum Rhein-Neckar auf. Zum „würdigen Gedenken und zur Ehrung der deutschen Soldaten“ soll, so Mario Matthes („i.A. der Nationalen Kräfte Rhein-Neckar“), „vor einem Kriegerdenkmal mit Fackeln und Fahnen eine Kranzniederlegung mit Feierstunde und Ansprachen“ durchgeführt werden. Seit Jahren missbraucht das rechtsextreme Spektrum den Volkstrauertag, um seine Leitgedanken und Ziele in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

■ **Poing** – In den kleinen Gemeinden Poing und Pliening in Oberbayern ist seit Wochen ein Anstieg rechtsextremistischer Straftaten zu verzeichnen. Für die Propagandadelikte und einen Brandanschlag auf einen Pizzastand in Pliening zeichnet eine bislang unbekannte „Nationale Poinger Jugend“ (NPJ) verantwortlich.

■ **Stutensee (Kreis Karlsruhe)** – Vor kurzem erschien erstmalig der „Nationale Beobachter Baden-Württemberg“ als „Teil eines bundesweit laufenden Projektes“. Der „Rundbrief“ umfasst acht einfach gestaltete Seiten. Hinter der Postfachadresse des „Nationalen Beobachters“ (NB) im badischen Stutensee steht Pablo Allgeier, der in der Vergangenheit das Skinzine „KdF“ verantwortete (BnR 4/00). Der Neonazi Allgeier gehört zur „Karlsruher Kameradschaft“ und ist Mitglied der braunen Gefangenenhilfsorganisation HNG, in deren „HNG“-Nachrichten für den NB geworben wird.

■ **Wiesbaden** – Der geschäftsführende Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Hessen ist zurück- und aus der Organisation ausgetreten. In einer Pressemitteilung vom 22. Oktober wird der Rück- und Austritt unter anderem mit dem „völlig falschen“ und „gänzlich reaktionären Kurs“ des NPD-Parteivorstandes sowie der „nichtvorhandenen politischen Agitation und einheitlichen Linie“ des JN-Bundesvorstandes angegeben. Verärgert zeigen sich die hessischen Ex-JN-Kader J. Rasch, R. Metzner, B. Pfeifer, C. Riemeier darüber, dass der JN-Bundesvorstand von Riesa aus Einladungen in „offenen Umschlägen“ an hessische JN-Mitglieder und JN-Interessenten schickte, „sodass der neugierige Postbote und alle Verwandten über die politischen Aktivitäten der Betroffenen bestens Bescheid wussten.“ Als „Paradebeispiel für die politischen Possenspiele der Parteiführung“ werten sie ein NPD-Flugblatt, das sich an Russlanddeutsche wendet: „In diesem Geschmier wird gefordert, dass sich unsere ‘deutschen Brüder und Schwestern’ keinem Sprachtest unterziehen müssen. Weiterhin

hat man das Flugblatt prophylaktisch gleich noch auf Kyrillisch verfasst, um zu gewährleisten, dass auch ein vermeintlicher ‘Deutscher alles versteht. Die NPD tritt nun also ganz offen für mehr Multikulti ein ... Zion lässt grüßen“, mosern die Nachwuchs-NPDler.

## Ausland

■ **Dänemark (Kopenhagen)** – Europas einziger Neonazi-Radiosender erhält auch im nächsten Jahr Staatsgelder. 78 000 dänische Kronen, umgerechnet 10 000 Euro, kann „Radio Oasen“, der Sender der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB), 2004 aus einem Fonds für nicht-kommerzielle Radioprogramme erwarten. Seit Februar 1996 arbeitet der Lokalsender im 20 Kilometer südlich von Kopenhagen gelegenen Städtchen Greve. Schon im ersten Jahr fiel er durch die Übertragung von Lesungen aus „Mein Kampf“ auf. Zum Programm gehört auch heute noch „rassenbewusste White-Power-Musik“. Hören können den Sender – Eigenangaben zufolge – rund 200 000 Dänen. Im Februar hatte Dänemarks Kulturminister Brian Mikkelsen angekündigt, alle Möglichkeiten für einen Entzug der finanziellen Unterstützung zu prüfen. Dies sei aber, so hieß es nun, nicht möglich, da jeder nicht verbotene lokale Sender Anspruch auf Staatsunterstützung habe.

■ **Schweiz (Biel)** – Jürg Scherrer, Präsident der Freiheitspartei der Schweiz (FPS) und Mitglied der Stadtregierung von Biel, ist in zweiter Instanz wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm zu einer Buße von 2000 Franken (rund 1300 Euro) verurteilt worden. Das Berner Obergericht befand Anfang November, der FPS-Präsident habe einen geschützten Personenkreis öffentlich und pauschal abqualifiziert. Scherrer hatte im April 2001 die „Rückschaffung sämtlicher Einwanderer aus dem Kosovo“ verlangt und dies unter anderem damit begründet, dass die Einwanderer aus dem Kosovo „einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Kriminalität in der Schweiz“ hätten. Und weiter: „Die FPS will keine neuen Schweizer, die eine kriminelle Vergangenheit aufweisen.“ Seine erstinstanzliche Verurteilung hatte Scherrer als „politisches Urteil“ bezeichnet, nach der zweitinstanzlichen Verurteilung ließ er offen, ob er den Fall ans Bundesgericht ziehen will.

■ **Ungarn (Budapest)** – Mit einem gemeinsamen Auftritt auf dem Budapester Heldenplatz präsen-

tierten sich am 23. Oktober der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen und der britische Holocaust-Leugner David Irving. Veranstalter der Kundgebung, die des ungarischen Aufstands gegen die sowjetische Vorherrschaft vom Oktober 1956 gedenken sollte, war die ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens MIEP. Die MIEP, die bei den Wahlen im April 2002 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, wird seit Anfang der 90er Jahre durch den berühmten Schriftsteller Istvan Csaruka geleitet und hat unter anderem durch ihren brachialen Antisemitismus von sich reden gemacht. Le Pen gab in seiner Rede seiner Hoffnung Ausdruck, dass künftig Parteien wie die MIEP auch im Europaparlament vertreten seien. Der Front National werde mit diesen künftigen Abgeordneten „an der Restauration der Souveränität der europäischen Nationen“ zusammenarbeiten. Bereits im Oktober 1996 war Le Pen in Budapest bei der MIEP aufgetreten.

■ **USA (Birmingham, Alabama)** – Der zuständige Staatsanwalt im Verfahren gegen den im Mai dieses Jahres nach langer Suche festgenommenen Rechtsextremisten Eric Rudolph hat den 1. Juni 2004 als möglichen Termin des Verfahrensbeginns bei Gericht beantragt. Dem 37-Jährigen werden unter anderem Bombenanschläge auf eine Abtreibungsklinik in Alabama 1998 mit einem Toten und mehreren Schwerverletzten und auf den Olympiapark in Atlanta 1996 mit rund 150 Verletzten vorgeworfen, was unter Umständen die Todesstrafe nach sich ziehen könnte. Rudolph's Anwalt Richard Jaffe bezeichnete bereits die Ansetzung des Verfahrens als vollkommen unrealistisch, da er sich durch 15 000 FBI-Berichte und 40 Ordner mit Fotos und Beweismitteln allein für den Fall der Abtreibungsklinik arbeiten müsse: insgesamt 155 489 Seiten Material. Für den Bombenanschlag in Atlanta und andere ihm zur Last gelegten Straftaten, unter anderem einen Bombenanschlag auf einen Homosexuellen-Club, muss sich Rudolph in jeweils gesonderten Verfahren verantworten.

■ **USA (Dayton, Ohio)** – Der Übergangsführer der Aryan Nations (AN), Harold Ray Redfeairn, ist am Morgen des 26. Oktober in einem Krankenhaus in Ohio im Alter von 51 Jahren verstorben. Dort war er vor rund einem Monat mit Herzproblemen eingeliefert worden. Der Gründer der Aryan Nations, der inzwischen schwer kranke 85-jährige Richard Butler, hatte den als Heißsporn bekannten Redfeairn im September 2001 zu seinem Nachfolger ernannt, nachdem die Aryan Nations in einem spek-

## Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

### Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin  
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8  
 Heft 23/2003 Abo 401917  
 Antifaschistisches Pressearchiv und  
 Lausitzer Str. 10  
**10999 BERLIN**

takulären Prozess unterlegen war und ihr Anwesen im Norden Idahos verloren hatten. Drei Monate später erklärte Redfeairn jedoch mit „Propagandaminister“ August Kreis die Formierung einer AN-Splittergruppe mit Sitz auf der Kreis-Farm im ländlichen Pennsylvania. Bereits im Mai 2002 überwarfen sich dann Redfeairn und Kreis und Ersterer wandte sich wieder dem greisen Butler zu, der in Hayden, Idaho, für das Bürgermeisteramt kandidiert. Redfeairn war berühmt für seine kompromisslosen und von Fegefeuer-Rhetorik durchzogenen Reden, in denen er Juden als „Kinder Satans“ bezeichnete und zu einem Umsturz der amerikanischen Regierung aufrief.

## Impressum

### Verlag:

**Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH**  
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

### Redaktion:

**Gabriele Nandlinger (verantwortlich)**  
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499  
 e-mail: nandlinger@bnr.de  
 Internet: <http://www.bnr.de>

### Kommentatoren:

**Ralf Bachmann (Berlin)**  
**Heiner Lichtenstein (Köln)**

### Layout:

**Heidemarie Lehmann**

### Herstellung:

**Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20**  
 38112 Braunschweig

### Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

### Bankverbindung:

**Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109**  
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement  
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto  
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto  
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.